

Zur sofortigen Veröffentlichung bestimmt

Medienmitteilung

**5 Jahre UNO-Resolution 1325:
Jetzt ist die Umsetzung im Kosovo gefragt!**

Zürich/Bern, 31. Oktober 2005. Heute vor fünf Jahren verabschiedete der UNO-Sicherheitsrat die Resolution 1325 zu *Frauen, Frieden und Sicherheit*. Friedens- und Menschenrechtsorganisationen in ganz Europa nehmen dieses Jubiläum zum Anlass, um für die bevorstehenden Kosovo-Statusverhandlungen die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und den konsequenten Einbezug frauenspezifischer Menschenrechtsfragen einzufordern.

Die UNO-Resolution 1325 fordert die Staatengemeinschaft auf, geschlechtsspezifischen Aspekten in der Friedens- und Sicherheitspolitik besondere Aufmerksamkeit zu widmen und die aktive Partizipation von Frauen auf allen Ebenen der Konfliktbearbeitung zu garantieren. Artikel 8 fordert in Bezug auf Friedensprozesse alle Akteure dazu auf, namentlich „die Beteiligung von Frauen an allen Mechanismen zur Umsetzung von Friedensübereinkünften“ sicherzustellen und durch entsprechende Massnahmen „den Schutz und die Achtung der Menschenrechte von Frauen und Mädchen, insbesondere bezüglich Verfassung, Wahlsystem, Polizei und Justiz“ zu gewährleisten.

Am 24. Oktober 2005 hat der UNO-Sicherheitsrat grünes Licht gegeben für den Beginn von Verhandlungen über den künftigen Status von Kosovo. Als Massstab für den Demokratisierungsprozess gelten dabei bereits festgelegte „Standards“ wie der Schutz von Minderheiten, ein demokratisches System und die Dezentralisierung. Inhaltlich unterstützt werden die Verhandlungsdelegationen von ExpertInnen-Kommissionen, die die Verhandlungsinhalte vorbereiten und vertiefen sollen.

Frauenorganisationen im Kosovo haben in den letzten Jahren über ethnische Grenzen hinweg wichtige Beiträge zur Konfliktbewältigung und für die Verwirklichung von Menschenrechten geleistet. Frauen sind jedoch bis heute in ganz Kosovo und in allen Ethnien massiven Verletzungen ihrer Grundrechte ausgesetzt. Es ist deshalb an der Zeit, Frauenrechte im künftigen System klar zu verankern und sie in die Realität umzusetzen. Das kann nur gewährleistet werden, wenn sie von Anfang an mitgedacht werden. Genau dies fordert die Resolution 1325.

Gemeinsam mit NGOs in Kosovo und in ganz Europa fordern die unterzeichnenden Organisationen heute alle beteiligten Parteien und die Staatengemeinschaft auf, die Verpflichtungen der Resolution 1325 ernst zu nehmen und sich aktiv dafür einzusetzen,

- dass Frauen in den Statusverhandlungen im Kosovo den ihnen gebührenden gleichberechtigten Platz erhalten,
- dass die Geschlechtergleichstellung und die Verwirklichung der Menschenrechte von Frauen in die Liste der „Standards“ für eine demokratische Zukunft aufgenommen werden,
- dass der Sicherheit von Frauen und Mädchen ein wichtiger Stellenwert eingeräumt wird, wenn es um die Gewährleistung der alltäglichen Sicherheit geht.

Wir richten diese Aufforderung auch an die offizielle Schweiz, die sich als Mitglied der Staatengruppe „Friends of Resolution 1325“ für eine frauengerechte Friedens- und Sicherheitspolitik einsetzt.

*Amnesty International, Schweizer Sektion
Frauenstelle für Friedensarbeit, Christlicher Friedensdienst cfd
Hilfswerk der evangelischen Kirchen Schweiz – HEKS*

Mehr Informationen zur UNO-Resolution 1325 vom 31. Oktober 2000: www.peacewomen.org
Kontaktperson für Auskünfte: Stella Jegher, Amnesty International, Tel. 031 307 22 22,
sjegher@amnesty.ch